

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Pettizette oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittag.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 154

Fernruf 179.

Wildbad, Mittwoch, den 6. Juli 1921

Fernruf 179.

55 Jahrgang

Tagespiegel.

Am Freitag findet in Stuttgart eine Konferenz der Ernährungsminister statt, die sich mit der Frage der Nahrungsmittelversorgung und der Aufhebung der Bestimmungen über den Erlaubniszwang beim Handel mit Lebens- und Futtermitteln und über Preisangelegenheiten, sowie mit der Landwirtschaft befassen wird.

Minister Rathenau gab in seiner Hamburger Rede die Höhe der deutschen Ausfuhr, die zur Erfüllung unserer Verpflichtung nötig wäre, auf 10 Milliarden Mk. an, was auf den Weltmärkten schwere Wirkungen auslösen würde.

Die Entwaffnung Bayerns ist nach einer Meldung des Generals Nollet als durchgeführt anzusehen.

Die Verhandlungen der deutschen Kriegslastenkommission mit dem Garantienkomitee über die Frage der Reparationen sind trotz der übergebenen 5 Noten noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen.

Der König und die Königin der Belgier sind zu einem Besuch in London eingetroffen und wurden auf dem Bahnhof vom englischen Königspaar begrüßt.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sieht Kalin in Flammen. Ein Teil der Stadt und verschiedene Detachments sind vernichtet.

Erarbeiten.

Die „Leipz. N. Nachr.“ brachten kürzlich einen Aufsatz über die Möglichkeit des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich, der darin gipfelte, daß eine Vereinigung dieser beiden stammesverwandten Länder nur durch „Erarbeiten“ erzwungen werden könne. Der Sohn des Dichters P. K. Noegger, der b. w. v. deutsch empfindende Hans Ludwig Noegger, schreibt den „Leipz. N. N.“ daraufhin einen längeren Zustimmungsaufsatz, dem wir folgendes entnehmen:

Das Wort der „Leipziger N. N.“, der Anschluß könne nur erarbeitet werden, sollte man tagtäglich in unsere osterreichischen Köpfe, in denen sich die Welt gern anders spiegelt, eintrichtern.

Der Durchschnittsdeutsche und seine Erwählten haben von Hans aus so geringe politische Veranlagung, daß man in der Bemerkung des Zusammenbruchs ein intuitiv richtiges Handeln am wenigstens erwarten dürfte: Die Angliederung der deutschen Gebiete des alten Oesterreichs an Deutschland sofort tatsächlich zu vollziehen, ohne weiteres Wesen die Grenzen zu öffnen, Abgeordnete in die Berliner Nationalversammlung zu schicken und die Währung, unter Opfern von beiden Seiten, zu vereinheitlichen. Das wäre 1918 die Aufgabe der neuen Machthaber haben und dräben gewesen, die aber, anstatt erst einmal das nächstliegende zu vollziehen, im Vertrauen auf Wilsons „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ unsere Wehrlosmachung nicht genug beschleunigen konnten. Jene erste, jene beste Gelegenheit wurde verkannt, weil die einen ehrlich glaubten, nach solcher Methode einen günstigeren Frieden zu bekommen, die anderen einen solchen Glauben vortäuschten, um den ihnen unerwünschten Anschluß wenigstens hinauszuschieben.

Neben den Vereachtern der uns aufzuzwingenden „Selbständigkeit“ regten sich die Verkünder eines „Donaubundes“, der Wiederaufrichtung Oesterreich-Ungarns in einer anderen Form, aber die Widerstände gerade dagegen waren — bisher wenigstens — unüberwindlich. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Oesterreicher ist unbedingt für den Anschluß, aber die Entscheidung der Willensäußerungen dafür wechelt, je nach dem die Entente den Streid um Deutschlands Röhle enger dreht oder die Alliierten uns mit halben Versprechungen, helfen zu wollen, anlocken. Solche innere Schwankungen sind bei unserer Ratlosigkeit menschlich begreiflich, doch allmählich dämmerte es auch widerstrebenden Politikern, daß ein allein auf sich gestelltes Deutsch-Oesterreich nicht lebensfähig sei. Vernünftigerweise beantragten wir bisher nicht beim „Völkerbund“ unseren „Anschluß“, denn die totfisiere Abweisung hätte dem Plan nur geschadet; aber die im November 1920 sterbende Wiener Nationalversammlung konnte es sich andersert nicht vertragen, einträchtig eine Volksabstimmung über den Zusammen-

schluß zu beschließen. Daß man, als das Schlagwort bei den Wahlen seine demagogische Schuldbigkeit getan hatte, den Beschluß „resümierte“, war weder politisch klug, noch anständig. Dann setzte wieder der große Bettel um Entente Kredit ein, aber selbst die vollkommene Erfüllung aller fadensteichigen Versprechungen, die uns gegeben wurden, könnte nur unseren Todskampf verlängern, nicht unser Leben gewährleisten und würde uns nur noch fester an den fremden Westen binden. Vermutlich aus dieser Befürchtung heraus stimmten die Tiroler und Salzburger selbständig ab, die Steirer verloren im letzten Augenblick den Mut dazu. Leider ist die gesamtdeutsche Lebensfrage zur Parteifrage geworden.

Die im Reich haben uns oft vorgeworfen, wir betonten zu sehr unsere „Lebensfähigkeit“ und dämpften so unireiwillig die Anschlußfreudigkeit des um sein eigenes Dasein schwerst ringenden deutschen Volkes im Reich. Der Ausdruck „Lebensfähigkeit“ wurde nämlich mißverstanden. Er sollte nicht besagen, daß wir Bettler sind, die ausgehalten werden wollen; das Wort bedeutet vielmehr, daß die willkürlich gezogenen Grenzen Deutsch-Oesterreichs und die Bagnahme unrentбельlicher Bodenwerte unsere Handels- und Zahlungsbilanzen passiv machen müssen. Im Rahmen eines großen Wirtschaftsgebietes hingegen, wie Deutschland eins ist, könnten wir unsere Werte und Begabungen ausnützen, könnten wir gewinnbringend arbeiten. Ein Bauer ohne Pflug, ein Schmied ohne Amboss, sind ebensowenig lebensfähig wie unsere Landwirtschaft ohne Kunstdünger, unsere Eisenindustrie ohne Kohle, unsere Wissenschaft ohne Vchelse — unser leichtlebiger Staat ohne eine stärkere, übergeordnete Autorität! Gebt uns das Fehlende, wir wollen es nicht geschenkt, wir wollen es mit Leistungen bezahlen! Deutschland kann trotz seiner Bedrängnis geben, sind wir ein Teil von ihm, und es wird dabei selbst gewinnen. Wir bringen ihm sechs Millionen Deutsche, unerlöste Bodenschätze und Kräfte, und wir bringen seinem Handel offene Wege nach Süden und nach Osten. Unsere „Lebensfähigkeit“ ist nicht gleichbedeutend mit Bettelarmut — wir sind Gestürzte, die einer brüderlichen Stütze bedürfen, um wieder hoch zu kommen. Heute freilich vermag Deutschland uns nicht unmittelbar zu helfen, zwischen uns hat sich die Entente gebrannt, droht mit Einmärschen, droht in Oberösterreich und Westungarn, aber darüber sollen wir nie vergessen, wie sehr wir in Süd und Nord einander bedürfen, damit uns die nächste günstige Gelegenheit zum Anschluß nicht abermals innerlich und äußerlich unvorbereitet und ungeschlüssig überrascht.

Eine harte Partzeit, eine Probezeit steht uns bevor — wehe, wenn wir uns nicht bewähren! Ausgefällt und verflürzt muß sie werden durch Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit. Wie aber können wir uns den Anschluß erarbeiten? Die Antwort auf die Frage ist so banal, daß man sich beinahe schämt, sie niederzuschreiben: Sicherung von Ruhe und Ordnung im Inneren, Steigerung der Produktion und äuserste Sparsamkeit im öffentlichen und im privaten Leben, um uns vom fremden Ausland möglichst unabhängig zu machen, unabhängig zu erhalten. Jeder Verein — gleichgültig welche Ziele er sonst verfolgt — sollte einen Teil seiner Einkünfte dazu verwenden, um populärwissenschaftliche, ökonomische politische und gehaltvolle schöngestige Werke anzuschaffen, die er seinen Mitgliedern zur Verfügung stellt. Um den möglichen staatlichen, völkischen und wirtschaftlichen Gefahren zu begegnen, ist angepannteste Arbeit notwendig. Eine finanzielle Ueberfremdung vom Westen her ist nicht weniger verhängnisvoll als unsere Entfremdung von Deutschland, als ein „Donaubund“ wäre, für den Frankreich mit starken Mitteln wirkt und für den auch bei uns zahlenmäßig schwache, aber einflussreiche Kreise tätig sind. Sei's wie's sei: Der Anschluß muß von uns erarbeitet werden!

Reichstag.

Berlin, 4. Juli.

Der Reichstag nahm ohne Aussprache den Etat des Reichstags und das Alt-Rentnergesetz, sowie das Fernspreckgebührengesetz an.

Bei der zweiten Beratung des Wehrmacht-Versorgungsgesetzes lehnten die Abgg. Karsten (USP.) und Partner (Komm.) die Vorlage ab, da sie den entlaf-

tenen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften viel zu hohe Summen bewilligte.

Reichswehrminister Dr. Geyer verteidigte die Vorlage und betonte, daß die unterschiedliche Behandlung der Offiziere berechtigt sei, da diese sich auch für längere Zeit verpflichten müßten. Schließlich wurde der w abhängige Antrag auf einfache Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an ausscheidende Militärpersonen abgelehnt und die Vorlage in der Ausschussfassung angenommen. Es folgte die Beratung des Antrags der bürgerlichen Parteien über die „Höhe Mindererziehung. Der vom Ausschuss vorgelegte Gesetzentwurf bestimmt, daß kein Elternteil ohne die Zustimmung des anderen Teils das Kind vom Religionsunterricht abmelden oder das religiöse Bekenntnis ändern kann, in dem das Kind bisher erzogen wird. Der Entwurf wurde gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei, die eine in Bayern bestehende Regelung für zweckmäßiger hielt, genehmigt.

Man rechnet mit der Möglichkeit, daß der Reichstag zur Erledigung des Beamten-Befoldungsgesetzes länger als ursprünglich geplant zusammenbleiben wird.

Berlin, 5. Juli.

Die gestrige Sitzung besaßte sich in der Hauptsache mit kleinen Anträgen.

Auf die Anfrage des Abg. Gräfe (D.natf.Vp.) wegen der schweren Gefährdung des Ansichens der deutschen Gerichte durch das Verhalten widergesetzlicher Angeklagter, wie z. B. im Prozeß Holz, wird regierungseitig erwidert, daß diese Frage bei der allgemeinen Reform des Strafrechts mitzuprüfen sein werde.

Auf eine Anfrage des Abg. Künstler (Komm.) wegen der Abrechnung über das Baltikum-Abenteuer und der strafrechtlichen Verfolgung des Grafen v. der Goltz und des Leutnants Roksach wird erwidert, die Kosten ständen noch nicht fest. Graf v. der Goltz habe im Auftrag der Reichsregierung gehandelt und sich deren Anordnungen niemals widersetzt.

Auf eine Anfrage wegen des geschwundenen Transports des U-Bootsleutnants Boldt nach Leipzig wird erwidert, der Vorkall habe Anlaß zur Anstellung von Ermittlungen gegeben, die jedoch nicht abgeschlossen seien. Die Antwort werde schriftlich gegeben werden.

Zur zweiten Beratung des Entwurfs über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung liegt eine Reihe von Abänderungsanträgen der Koalitionsparteien vor. Die Versicherungsgrenze soll von 15 000 auf 30 000 Mark heraufgesetzt werden. Es sollen drei neue Klassen im Versicherungsgesetz für Angestellte geschaffen werden: Klasse K mit mehr als 5000 bis zu 15 000 Mark Gehalt mit 33.20 Mark Monatsbeitrag, Klasse L bis 15 000 Mark mit 40 Mark und Klasse M über 15 000 Mark mit 48 Mark Monatsbeitrag. Das Gesetz soll zum Teil bereits auf den 1. Januar 1921 zurückdatiert werden.

Letzte Nachrichten.

Staatssekretär Bergmann geht.

Berlin, 5. Juli. Staatssekretär Bergmann trägt sich mit der Absicht, nach Erledigung der ihm obliegenden wichtigen Aufgaben aus dem Staatsdienst auszuschiden. Er wird in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank eintreten.

Dr. Helfferich und die neuen Steuern.

Berlin, 5. Juli. In polit. Kreisen wird von einem Vorstoß Dr. Helfferichs in der Frage der neuen Steuern gesprochen, um unter Umständen noch vor dem Auseinandergehen des Reichstags eine große Finanzdebatte zu erzwingen. Es liegen, um das noch einmal zu präzisieren, im Schoße des Ministeriums zwei Projekte vor, das eine, das aus dem Reichswirtschaftsministerium stammt, geht auf die Erfassung der sogenannten Goldwerte. Aber dieses Projekt findet im Finanzministerium sehr energische Widerfacher und sie haben insofern einen Vorsprung, als sie, was beim Reichswirtschaftsministerium nicht der Fall ist, in der Lage sind, mit ausgearbeiteten finanztechnisch greifbaren Vorschlägen zu kommen. Der Kampf im Kabinett selbst ist noch nicht ausgelämpft, aber



da Dr. Rathenau hier dem Finanzministerium seine Unterstützung leihet, nimmt man an, daß dieses mit seinen Plänen liegen wird.

Der Stenger'sche „Befehl“.

Berlin, 5. Juli. Es ist wohl kein Zweifel, daß General Stenger freigesprochen wird, denn die Beschuldigung der Franzosen war an sich schon haltlos und widersinnig. In der ausländischen Presse wurde der Fall seinerzeit gegen Deutschland maßlos aufgebläht. Denn der angebliche Befehl Stengers wurde sogar im Wortlaut veröffentlicht. Er sollte Verwundeten abgenommen worden sein, was heute als glatte Erfindung der zuständigen französischen Stellen gebrandmarkt werden kann. Die deutsche Heeresleitung hat zu dem unbeherrschlichen Vorwurf seinerzeit nicht geschwiegen. Als die französische und englische Presse, dann die neutrale Presse den angeblichen Befehl Stengers wieder gab, wurde sofort von deutscher Seite auf dessen innere Unhaltbarkeit und Unwahrscheinlichkeit hingewiesen.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 5. Juli. Nach einer Meldung aus Ratibor kehren in den Kreisen Ratibor, Rybnik, Gleiwitz und Groß-Strehlitz überall die polnischen Banden in die Dörfer zurück und überfallen die im Vertrauen auf die Säuberung in ihre Heimstätten zurückgekehrten deutschen Familie. — Auch der Eisenbahnverkehr von Gleiwitz nach Kattowitz und von Gleiwitz nach Rybnik ist wieder unterbunden, ebenso der Verkehr von Ratibor nach Rybnik. Die Bälle wurden von Banden angehalten, durchsucht und ausgeplündert.

Berlin, 5. Juli. Die Blätter berichten über einen Zwischenfall, der sich beim Einzug der Verbandstruppen in Beuthen ereignete. Als der Zug der einziehenden Truppen, der aus Engländern bestand, durch die Friedensstraße kam, brachen die Einwohner in Jubelrufe aus und stimmten vaterländische Lieder an. Darauf kam die französische Wache aus der neuen Kaserne heran und hieb mit Kolben und Gummiknüppeln auf die Menschenmenge ein. In der allgemeinen Verwirrung fielen plötzlich Schüsse, durch die ein französischer Major erschossen und mehrere Franzosen verletzt wurden. Die Franzosen nahmen nach dem Vorfall zwanzig Bürger von Beuthen als Geiseln in Haft, darunter den 1. und 2. Bürgermeister sowie den Sanitätsrat Dr. Bloch. Am Nachmittag wurden die Hauptstraßen von englischen Truppen besetzt und die Ruhe wiederhergestellt.

Kattowitz, 5. Juli. In Laurahütte, Friedenshütte und Godulla-Hütte haben sich neuerdings die Insurgenten schwere Mißhandlungen von Beamten zu schulden kommen lassen. An den Hüttenbeamten Chlubel in Laurahütte trat ein Arbeiter mit dem Ersuchen heran, ihn in den Betrieb einzustellen. Er konnte aber wegen Arbeitsmangels nicht angenommen werden. Daraufhin kehrte der Mann mit 26 Insurgenten zurück und holte Chlubel mit etwa 20 anderen Beamten aus dem Werk heraus, die sämtlich mit Gummiknüppeln in schwerster Weise mißhandelt wurden. Drei Beamte mußten ins Lazarett geschafft werden. Die übrigen flüchteten nach Kattowitz.

Kriegsbeschuldigtenprozeß Stenger-Crusius.

Leipzig, 5. Juli. Am Montag nachmittag wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Am Ende seiner anderthalbstündigen Anklagerede beantragte der Oberreichsanwalt gegen den Angeklagten Major a. D. Crusius unter Zustimmung mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten. Der Oberreichsanwalt führte aus, daß er fest davon überzeugt sei, daß der Angeklagte Stenger seinen Befehl zum Erschießen von Gefangenen gegeben habe. Nach der Annahme des Anklägers sei aber Crusius der Meinung gewesen, einen solchen Befehl empfangen zu haben. Infolgedessen sei tatsächlich auch eine Anzahl Verwundeter erschossen worden. Es sei auch durchaus glaubhaft, daß Crusius selbst geschossen habe. Es möge aberbedeutend sein für das Rechtsgefühl, daß Ueberschreitungen auf deutscher Seite bestraft würden, während diejenigen auf der Gegenseite ungeahnt blieben. Aber das gehöre vor das Forum der Ge-

sichte, nicht vor das Forum des Reichsgerichts. Der Angeklagte Crusius habe sich der Anstiftung zur Tötung und versuchter Tötung schuldig gemacht. Zum mindesten sei es eine große Fahrlässigkeit gewesen, den Befehl nicht auf seine Rechtmäßigkeit nachzuprüfen. Was die dem Angeklagten Crusius für den 26. August vorgeworfenen Handlungen betrifft, so kann der Oberreichsanwalt gegenüber dem ärztlichen Gutachten nicht annehmen, daß Crusius an diesem Tage zurechnungsfähig war. Er sei daher nur für die Handlungen vom 21. August zu verurteilen.

General Stenger betonte, er habe niemals das Völkerrecht verletzt und nie ein Verbrechen begangen. Er beantrage eine Ehrenerklärung. — Major Crusius erklärte, daß er stets in gutem Glauben gehandelt habe und bei der Beurteilung um Zuhilfenahme mildernder Umstände und Anrechnung der Untersuchungshaft.

Die neue italienische Regierung.

Rom, 5. Juli. (Amlich.) Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz, Inneres und bis auf weiteres Aussen: Bonomi; Kolonien: Girardini; Justiz; Robino; Finanzen: Soleri; Schatz; Denava; Krieg: Gaiparotto; Marine: Bergamaco; Kultus: Corbino; Öffentliche Arbeit: Micheli; Landwirtschaft: Mauri; Industrie und Handel: Melotti; Arbeit und soziale Fürsorge: Beneduce; Post und Telegraph: Giuffrida; Befreite Gebiete: Raineri. Bonomi wird das Ministerium des Auswärtigen bis zum Eintreffen der Antwort des Marquis della Torretta führen, der sich zurzeit im Ausland befindet.

Rücktritt des spanischen Finanzministers.

Madrid, 5. Juli. Der Finanzminister hat endgültig dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Es heißt, daß Jose Macfere, der Gouverneur der spanischen Bank und frühere Arbeitsminister, sein Nachfolger im Finanzministerium werden soll.

Der schlaue Japaner.

London, 5. Juli. Nach einer Neutermeldung aus Washington erklärte der japanische Botschafter, der Gedanke, das englisch-japanische Bündnis sei als Instrument der Feindseligkeit oder auch nur der Verteidigung gegen Amerika geplant gewesen, sei unhaltbar. Japan wüchse die Bande der Freundschaft und des loyalen Zusammenwirkens mit Großbritannien zu stärken, sei aber gleichzeitig entschlossen, nichts geschehen zu lassen, was die traditionellen Beziehungen und das gute Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten stören könnte.

Finanzminister-Konferenz.

Berlin, 5. Juli. Die Finanzminister der Länder sind laut „Vossischer Zig.“ gestern in Berlin zu einer Beratung über das neue Steuerprogramm zusammengetreten. Sie haben, dem Blatt zufolge, der Uebersetzung Ausdruck gegeben, daß es notwendig sei, die kommenden Steuererträge durch ein Rahmengesetz zu verbinden, um die Ablehnung einzelner Steuern durch wechselnde Mehrheiten unmöglich zu machen.

Steuerprogramm-Rede im Reichstag.

Berlin, 5. Juli. Der Reichstagspräsident wird, wie wir erfahren, morgen oder übermorgen nicht nur vor dem Reichswirtschaftsausschuß, sondern auch vor dem Reichstag das neue Steuerprogramm der Regierung in einer großen Rede entwickeln.

Die Zwangsanleihe-Frage.

Berlin, 5. Juli. Die Frage einer Zwangsanleihe ist vom Reichskabinett erneut angenommen worden. Ein Beschluß liegt noch nicht vor. Es ist jedoch ein neuerliches Gutachten von dem Reichsbankpräsidenten eingefordert worden.

Deutsche Verhandlungen mit Italien.

Berlin, 5. Juli. Wie verlautet, sind Verhandlungen eingeleitet worden, um einen Verzicht Italiens auf die sogenannte Beschlagnahmehaube des Par. 18 des Versailler Vertrags herbeizuführen. Das zurückgetretene Ministerium Giolitti hatte bereits bindende Zusicherungen nach dieser Richtung den deutschen Vertretern in Rom gegeben.

Viola.

Roman aus dem Leben von Georg v. Pletten.
79. (Nachdruck verboten.)

Nur der so Geseherte wehrte entschieden ab. „Du, ihr meine Lieben misshandelt mich alle. Ich handelte nur eigenmächtig. So höret doch nur,“ rief er, als alle einstimmig laut protestierten, „ich wiederhole, ganz eigenmächtig tat ich das, was ich getan; es ist ohnehin so wenig. Die Residenz ist mir ein Grauel, anderswo habe ich keine Freude, die Einsamkeit macht mich traurig, nur nach dieser lieben Stadt zog und zieht es mich hin. Wo wohnen? Wieder einsam? War im Hotel oder in Miete als gebudeter Zinszahler? „Villa Rosa“ war ja verkauft. Ich kaufte sie wieder. Soll ich wieder als Einsteher hier mein bdes Junggesellenleben fristen? Nein, in „Villa Rosa“ will ich bleiben, aber es soll dort werden, wie ich es mir einst geträumt: ein lebend Paar soll hier wachen und herrschen, froher Sang und Kinderjubiläum seine Räume erfüllen. Mein Plan war gefaßt. Heute ist er verwirklicht; denn „Villa Rosa“, er wandte sich an Mathilde, „sei mein Hochzeitsgeschenk für Sie, Fräulein Mathilde, und Ihren lieben Bräutigam. Nur eines bedinge ich: Lassen Sie mich in einem kleinen Stübchen der lieben Villa den Rest meiner Tage verbringen, glücklich sein in Ihrem und Ihres künftigen Mannes Glück!“ Tränen ersüßten seine Stimme.

„Und wenn Sie mich nicht mehr haben wollen bei Ihnen,“ fuhr der Graf lächelnd fort, „dann möchte ich in dieses gastliche Haus, wo Sie, mein liebes, kleines Fräulein Hedwig, bald als glückliche Gattin schalten werden. Sie nehmen mich sicher auf, nicht wahr, und nennen mich, wie meine kleine Elsa, den „Onkel Wilhelm!“ Und nun frohe Gesichter, Glückseligkeiten! Nochmals auf das Wohl der beiden Brautpaare und Ihrer glücklichen, lieben Eltern! Musik, Musik!“

Der alte Herr war fast in einen stürmischen, jugendfrohen Uebermut verfallen, und bald teilte sich die freudigste Stimmung der Tischgesellschaft mit.

Es war ein kurzes Liebesmahl; denn vor Mitternacht schloß es. Aber im Hause des Professors Wallig schloß in dieser Nacht niemand ein Auge. „Und wer war eigentlich,“ so schloß immer wieder die Erinnerung an alles Durchlebte der Professor, „Schuld an dem Glücke dieses Tages? Du — mein liebes Kind, meine kleine Hedwig, meine Viola! Du, von der ich nichts, fast nichts erwartete, Du mit Deinem schlichten, frommen Sinn!“

In wunderbaren Monat Mai, als alle Knospen sprangen und alles ringsum sproßte und blühte, war Doppelhochzeit und Doppelhochzeitreise an den Rhein.

In der „Villa Rosa“ aber erfüllte sich nach der Rückkehr der Glücklichen des Grafen süßer Traum. Reges Leben herrschte hier und lachender Frohsinn, deren Mittelpunkt er selber ist. Kein Mähton führt die Harmonie der Seelen, die in diesem Kreise herrscht, und nur ein einziges Mal warf die Zeitungsnachricht, der ehemalige Leutnant Max von Finkenstein, derzeit Agent einer Versicherung, habe sich nach Aufdeckung großer Veruntretungen im Tiergarten eine Kugel durch die Schläfe gefaßt, einen Schatten über das Glück der Liebenden.

Nach vor Jahresfrist erdachte, um das Glück zu vollenden, auch eines lieblichen Kindes Stimme in der freudlichen, frommen Villa.

Nach viel ist er in dieses Glück auch im Hause des Kommerzienrates, so warten. Dort ein munteres Ankleben hier ein junges Mädchen, dort die Rose, hier das Weizen, dort wie hier glückliche Großeltern fast alle Tage auf Besuch, bald dort, bald hier der gute „Onkel Wilhelm“, wie er von allen genannt wird. Die Erfüllung der Engelsbootschaft: „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind?“ — Ende.

Zum Vorgehen gegen Hölz.

Berlin, 5. Juli. Wie die „Kreuzzeitung“ erzählt, scheinen die sächsischen Justizbehörden ihren Plan gegen Hölz wegen seiner Straftaten im Voigtland vorzugehen, wieder fallen zu lassen.

Eine russische Spionin.

Frankfurt a. M., 5. Juli. Hier wurde die russische Fürstin Helena Schalowskaja verhaftet, welche im Auftrag eines französischen Offiziers Papiere abholen wollte, für welche die französische Militärbehörde ein lebhaftes Interesse zu dokumentieren scheint. Es handelt sich um Dokumente, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung notwendig ist.

Die deutsche Presse und die Sanktionen.

Hamburg, 5. Juli. Der Reichsverband der deutschen Presse nahm in seinen gestrigen Verhandlungen einstimmig eine Entschlieung an, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, mit allen Mitteln darauf zu dringen, daß die sogenannten Sanktionen nun ohne Verzug aufgehoben werden. Bezüglich Oberschlesiens spricht der Reichsverband die Erwartung aus, daß durch eine baldige Entscheidung des Obersten Rats im Sinne des Friedensvertrags und der Abstimmung den Leiden des gequälten Landes ein Ende gemacht werde und daß damit auch die deutsche Presse Oberschlesiens in kürzester Zeit wieder in den Besitz völliger Freiheit gelangt.

Die Irekonferenz in Dublin.

London, 5. Juli. Im Rathaus von Dublin, auf dem die amerikanische Flagge weht, wurde gestern die Konferenz zwischen den Sinn-Freier-Führern Devalera und Griffith, sowie den vier irischen Unionistenführern eröffnet. „Star“ zufolge wurde die Konferenz nach 3 1/2 stündiger Dauer auf Freitag vormittag vertagt. Ueber gewisse Punkte soll eine Einigung erzielt worden sein. Das wichtige Ereignis hat in Dublin große Bewegung hervorgerufen. Das Konferenzhaus war schon in den frühen Morgenstunden von einer großen Menschenmenge umringelt, doch wurde die Ruhe bewahrt. Man hat nach den Vorbesprechungen den Eindruck, daß Devalera geneigt sein könnte, die Einladung Lloyd Georges nach London anzunehmen. Man kündigte am Schluß der gestrigen Konferenz an, daß man zu einigen Entscheidungen gelangt sei. Amlich wird das Gerücht dementiert, wonach sich der südafrikanische General Smuts gegenwärtig in einer Mission in Dublin aufhalte. Es besteht sich aber in Regierungskreisen, daß er sich doch demnächst nach Irland begeben will.

Dr. Rathenau in Hamburg.

Hamburg, 5. Juli.

Vor dem Hamburgischen Ausschuß für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft führte Wiederaufbauminister Dr. Rathenau in einer Rede u. a. aus: Das Problem des Wiederaufbaus ist nur ein Ausschnitt aus dem großen europäischen Problem, das nicht durch die Mittel der Politik, nicht von Einzelnen, nicht von Regierungen, sondern nur von den Völkern selbst und der Macht der Erkenntnis gelöst werden kann. Die Lösung des Problems wird darin bestehen, daß die große Verflochtenheit der europäischen Nationen, die freiwillige oder unfreiwillige Schicksalsfalschheit eines ganzen Kontinents erkannt wird und daß die Konsequenzen daraus gezogen werden, die die Zeit und die Not erfordern. Es gibt kein Land, das heute nicht verschuldet wäre, mit Ausnahme jenes großen Reichs jenseits des Ozeans. Generalgläubiger der Welt ist Amerika, Generalschuldner Deutschland und, zwischen ihnen eingeschalteten, sämtliche Nationen, gleichzeitig als Schuldner und Gläubiger jede der anderen verbunden und verpflichtet. Weiterhin sind die Länder verflochten durch die Entwertung ihrer Geldmittel. Minderwertig ist das Geld aller europäischen Staaten. Sodann sind die Staaten untereinander verquitt durch den Begriff des Wiederaufbaus, dessen alle bedürfen. Zerstückt sind alle in ihrem wirtschaftlichen Leben. Diese Vernichtung schweift die Nationen zusammen zu einer

Vermischtes.

Nordschleswigs Grenzkuriosa. Man schreibt uns aus Nordschleswig: Bei der Absteckung der neuen Grenze zwischen Deutschland und Dänemark traten verschiedene Kuriosa zutage, die des heiteren Anstrichs nicht entbehren. Bei dem Dorfe Rosenkranz verläuft die neue Grenze derart, daß sie die Gastwirtschaft von dem übrigen Teil des Ortes abschneidet, und zwar geht die Grenzlinie mitten durch den Abert der Gastwirtschaft, der sich in einem Nebenhäuschen befindet und nunmehr zur Hälfte dänisch und zur Hälfte deutsch ist. Soffentlich führt diese Teilung eines so lebenswichtigen Betriebes, wie es eine Bedürfnisanstalt nun einmal ist, nicht zu neuen internationalen Verwicklungen. Nicht minder eigenartig ist der Grenzverlauf an einem Landwege bei dem genannten Dorfe, der durch die neue Grenzlinie der Länge nach in zwei Teile geschnitten wird. So ein Wagen diesen Weg entlang fährt, rollen zwei seiner Räder in Deutschland, während die beiden anderen im Ausland spazieren fahren. Wer hätte je gedacht, daß der Grenzverlauf von Versailles in seinen letzten Wirkungen noch einmal so niedliche kleine Scherze hervorbringen würde!

Ein weißer Rabe. Man schreibt uns: Eine nicht alltägliche Ueberraschung erlebte dieser Tage der Inhaber eines Hotels in dem silesischen Städtchen Waldenburg. Der Postbote brachte ihm aus Eisenach ein Paket, dem er zu seiner Verwunderung eines seiner Obbesten und 3 M in bar entnahm. Der Sendung war ein Schreiben beigelegt folgenden Wortlautes: „Senden Ihnen Ihre Sachen zurück und 3 M für ein Handtuch und bitte um Verzeihung um Jesu willen.“ — Also erschickte ein reiner Sänder in unserer Zeit moralischer Verkommenheit sein Gewissen unaufgefordert durch erschöpfende „Wiedergutmachung“. Zimmerhü ein Fall, der registriert zu werden verdient.

Interessen- und Notgemeinschaft, denn der Wiederaufbau des einen Landes kann nicht geschehen, wenn der Wiederaufbau des übrigen nicht erfolgt. Die kleinen europäischen Territorien werden, wenn sie sich ihres Zusammenhangs nicht bewußt sind, nicht imstande sein, die großen technischen Aufgaben der Zukunft zu lösen, denn die technische Führung liegt da, wo die Größe der Produktion liegt. Die Größe der Produktion aber ist bedingt durch die Größe des Konsums, das heißt, die Größe des Territoriums. Vor allem aber sind die Länder dieses Kontinents verbunden durch eine Krise, die über ihnen schwebt. Viele sind geneigt, die Krise als eine vorübergehende Erscheinung anzusehen, die geheilt werden könnte durch die einfachsten Mittel, mit denen man früher wirtschaftlichen Erschütterungen begegnete. Im Irrtum sind, die da glauben, diese Krise sei eine organische Krankheit eines riesig leidenden Wirtschaftskörpers. Von den Bewohnern des Planeten sind 300 Millionen als Konsumenten ausgeschaltet. Durch diesen Krieg hat eine Umschichtung unter den Bevölkerungen stattgefunden. Eine Umstellung des Produktionsprogrammes der Welt wird hierdurch erforderlich. Wenn wir diese Ueberflut der Gebundenheiten vor uns vorüberziehen lassen, dann sollten wir glauben, daß keine Minute des europäischen und des Weltlebens verloren ginge, in der nicht die Kenner des Wirtschaftslebens der Welt zusammentreten und von früh bis spät beraten, wie diese Krankheit zu heilen sei. Noch immer herrscht der Gedanke der Befriedungen, der Vergeltung. Gegenwärtig scheint die Politik die Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln. Die wahre Sicherheit der Nationen und des Weltfriedens beruht nicht auf individuellen Grundlagen, sondern auf dem Gefühl der Verbundenheit sämtlicher Glieder der Welt zu einem Ganzen, und die Welt wird dann am sichersten und gesundesten sein, wenn die Lebensnotwendigkeit eines jeden erkannt wird. Wir Deutsche sind verpflichtet durch unsere Unterschrift, den Friedensvertrag zu erfüllen und werden bis an die Grenze unseres Könnens gehen, auch wenn er nicht unseren Wünschen entspricht.

Der Bankrott der Zuckerrwirtschaft.

Von zuständiger Seite wird uns zu den auch von uns gebrachten Ausführungen der Firma Carl Gaismaier-Ulm geschrieben:

Ob die Zwangsverwaltung für Zucker im neuen Wirtschaftsjahr 1921/22 aufrecht erhalten wird, darüber heißen Reichsregierung und Reichstag zu entscheiden.

Daß die Erzeugung von Rohzucker seit 1914 sehr zurückgegangen ist, ist Tatsache. Gänzlich verfehlt ist es aber, für diesen Rückgang der Erzeugung in erster Linie oder gar ausschließlich die Zwangswirtschaft verantwortlich zu machen. Weiß die Firma Gaismaier nichts davon, daß Deutschland infolge des Versailler Friedensvertrags die Provinz Posen und damit weite Strecken von Zuckerrübenanbau verloren hat? Ist ihr nicht bekannt, daß der Anbau von Zuckerrüben vor allem auch deshalb eine Verminderung erfahren hat, weil während der Kriegsjahre die gerade beim Zuckerrübenbau erforderliche besonders intensive Bodenbearbeitung infolge Mangels an Arbeitskräften und Düngemitteln nicht möglich war? Daß ein Teil des im Inland erzeugten Zuckers der Säbglanzindustrie überwiesen wurde und wird, ist selbstverständlich und zwecks Ermöglichung der Weiterführung dieser Betriebe vor allem auch im Interesse der Arbeiterschaft geboten. Gerade aber die Zwangswirtschaft hat es verhindert, daß viel größere Mengen Zucker in die Hände dieser Industrie kamen und dadurch der Bedarf der Bevölkerung an Mundzucker weiter geschnitten worden ist. Geradezu ungeheuerlich ist die Behauptung, daß die Bevölkerung deshalb weniger Zucker erhalten habe, weil „die Gemeinden den ihnen zugewiesenen Zucker in unzulässiger Weise verbraucht haben“. Es geht über das erlaubte Maß hinaus, wenn eine Firma aus eigenem Geschäftsinteresse herausnimmt, die Gemeindeverwaltungen in derartiger Verallgemeinerung anzuklagen und herabzusetzen.

Was schließlich die Preisfrage anlangt, so soll hier nur kurz festgestellt werden, daß die Verwaltungskosten für 1 Pfund Zucker sich auf insgesamt 3 1/2 Pfennig belaufen. Den Beweis für die Behauptung, daß diese Kosten etwa 4-5mal soviel betragen, als das Pfund Zucker im Frieden gekostet habe, wird die Firma Gaismaier für immer schuldig bleiben.

Ein Arbeiterfreund.

ep. Die sozialen und politischen Kämpfe dieses Jahres haben die Wälder hauptsächlich nach Mitteldeutschland gerichtet. Man hörte mancherlei von ungesunden Verhältnissen in der dortigen Industrie. Man sollte aber auch wissen, daß gerade dort in einem industriellen Werk von Weltruf eine Lösung der Arbeiterfrage versucht worden ist, die für vorbildlich gelten kann und in den Stürmen der letzten Jahren im Ganzen die Probe bestanden hat. Ernst Abbe ist es gewesen, der zusammen mit Karl Zeiss und Otto Schitt den Weltruf der Zeisswerke in Jena begründet hat, Abbe als ein Mann der optischen Wissenschaft und Erfinder eines Mikroskops und eines Teleskops, die alles Bisherige an Vollkommenheit weit übertrafen. Was aber eigentlich die menschliche Größe Ernst Abbes ausmacht, das ist seine soziale Gesinnung, sein volles Ernstmachen mit dem Grundsatz, daß persönlicher Besitz, der durch eigene Kraft nicht bloß, sondern auch durch anderer Fleiß erworben ist, als öffentliches Gut betrachtet und behandelt werden müsse. So hat er — selbst ein Kind des Arbeiterstandes — die Zeisswerke, nachdem sie sein Eigentum geworden waren, der von ihm errichteten Zeiss-Stiftung um den Kaufpreis von 300 000 Mark (bei einem tatsächlichen Wert von mehreren Millionen Mark) übergeben und sich damit begnügt, als erster Angestellter des Geschäfts einen Jahresgehalt von 12 000, später 15 000 Mark zu beziehen. Der ganze Ertrag des Geschäfts aber wurde fortan in gemeinnütziger Weise verwendet, vor allem

zu Gunsten der Arbeiterschaft des Geschäfts, die an jedem Gewinn teilnimmt ohne Risiko bei etwaigen Verlusten, da sein Mindesteinkommen einem jeden garantiert ist. Ein Arbiterschiedsgericht überwacht die Einhaltung des Statuts. Die Leitung des Geschäfts aber liegt nicht in den Händen der Arbeiter. Darin ist, sagt Abbe, „der einseitigste Unternehmer noch immer der geschicktesten Genossenschaft voraus“. Daß die Stiftung, die doch ganz sein Werk ist, nicht seinen Namen trägt, sondern den von Karl Zeiss, ist für Ernst Abbe ganz bezeichnend; es war ihm stets zuwider, persönlich geehrt zu werden. Enttäuschungen und Verleumdungen blieben natürlich auch ihm nicht erspart; aber er ließ sich von seinem Weg nicht abbringen. 1905 ist er als 65jähriger gestorben, nachdem er noch als Folge von Ueberarbeit eine harte Lebenszeit bestanden hatte. Sein Werk macht wie so viele Industrieweige Deutschlands jetzt eine schwere geschäftliche Krise durch. Aber die jetzige Leitung ist der festen Zuversicht, daß es sich durchdringen wird zu neuer Blüte.

Württemberg.

Stuttgart, 5. Juli. Vertretertag. Der erste Vertretertag des Zentralverbands württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten fand in Stuttgart statt. Vertreten waren 53 Bezirksverbände, die über 9000 Mitglieder umfassen. Verbandsvorsitzender Desterle begrüßte die erschienenen Gäste sowie die Vertreter der württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten, verlas eine Reihe von Glückwunschschriften und eröffnete die geschäftlichen Verhandlungen mit einem Bericht über die umfangreiche Tätigkeit des Zentralverbands. Er ging einleitend auf die geschichtliche Entwicklung des Zentralverbands ein und schilderte sodann die großen und schwierigen Aufgaben, die der Verband im letzten Jahre bewältigen mußte. Mit Worten des Dankes an die opferfreudigen Mitarbeiter schloß der Vorsitzende seine eingehenden Ausführungen. Ueber die Ausfüllung des Haushaltsplans für 1921 und die Festlegung des Verbandsbeitrags berichtete Verbandsgeschäftsführer Rüdiger. Der Beitrag wird von 24 Mk. auf jährlich 60 Mk. erhöht und die vorgeschlagenen Satzungsänderungen anerkannt. Die vorgenommene Wahl des ersten Verbandsvorsitzenden gestaltete sich zu einer erhebenden Vertrauensstimmung für den bisherigen Vorsitzenden und Gründer des Verbands, Rechnungsrat Desterle, der durch Juras wiedergewählt wurde. Ebenso wurden die bisherigen stellv. Verbandsvorsitzenden Bauermeister Schuch und Rechnungsrat Ziegler wiedergewählt. Die Vertreterversammlung ermächtigte den Gesamtvorstand, die Frage der Errichtung eines Erholungsheims und einer Beamtenkassenkasse, sowie sonstige Wohlfahrtsmaßnahmen im Interesse der Verbandsmitglieder weiter zu verfolgen. Die nächste Vertreterversammlung findet in Ulm statt.

Stuttgart, 5. Juli. (Beamten-Erholungsheim.) Kurzeitlich abgebrochen Verhandlungen mit den süddeutschen Beamtenverbänden (Bayern, Baden, Württemberg und Hessen), die darauf abzielen, das Erholungsheim Schönwald bei Triberg gemeinsam zu betreiben. Es handelt sich um das Hotel Viktoria, das auf 15 Jahre gepachtet werden soll. Das Mobiliar muß neu beschafft werden. Die Uebernahme von Anteilscheinen in Stücken von 100-500 Mk. wurde seitens der württ. Beamtenenschaft bis zum Betrag von 50 000 Mk. in Aussicht gestellt. Die Anteilscheine sollen zu 4 Prozent verzinst werden.

Heilbronn, 5. Juli. (Zur Stadtvorstandswahl.) Die Vorstellung der Kandidaten zur Stadtvorstandswahl findet am Freitag, die Wahl am Sonntag statt.

Mulendorf, 5. Juli. (Zentrumstagung.) Die Zentrumsgemeinderäte des Oberlandes waren am Sonntag hier versammelt, um über gemeindpolitische Fragen zu beraten. Nach den Tagungen von Horb und Ulm bedeutet die heutige Versammlung einen besonderen Erfolg. Es waren 130 Gemeinderäte anwesend. Als Vorsitzender wurde Rechtsanwalt Dr. Schorpp-Madensburg, als Stellvertreter Rechtsanwalt Weber-Waldsee und als Schriftführer Redakteur Sandmaier-Buchau gewählt. Abg. Rühle-Geislingen hielt einen äußerst anregenden Vortrag über die Bedeutung der Gemeindepolitik unter Berücksichtigung der heutigen politischen Verhältnisse. Gemeinderat Mahler-Stuttgart sprach über die Fraktionsbildung in den Gemeinderäten und die Zusammenarbeit in der Partei. Die Ausführungen wurden durch Dr. Schorpp ergänzt. Landessekretär Neuter behandelte die Prüfung der kommunalpolitischen Vereinigung der Zentrumspartei Württembergs. Minister Graf, der durch Besprechungen in der Kanalfrage abgehalten war, der Versammlung anzuwohnen, wurde Anerkennung und uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen, ferner eine Entschließung angenommen, die die Gründung einer kommunalpolitischen Vereinigung befürwortet. Als vorläufiger Vorstand wurden die Vorsitzenden der Versammlung beauftragt. Der Vereinigung traten sämtliche Anwesende bei.

Madensburg, 5. Juli. (Schreinermeister-Verbandstag.) Am Samstag und Sonntag fand hier der 13. Verbandstag der Schreinermeister Württembergs und Hohenzollerns statt. Beim Begrüßungsabend entbot der dienstälteste Gemeinderat Dr. Schorpp den Gästen herzlichen Willkommgruß, bei der Hauptversammlung sprachen Begrüßungsworte Oberamtmann Binzer, Ezer, Sekretär Dollmer von der Handwerkskammer Reutlingen u. a. Geschäftsführer Brönle-Stuttgart gab den Geschäftsbericht. Dem Verband sind nunmehr 60 Bezirksvereine mit 4000 Mitgliedern angeschlossen. Es kamen zur Behandlung Steuerfragen, wobei gegen die Handhabung der Luxus- und Gewerbesteuer protestiert wurde, Arbeiterfragen, die Frage der Schmutzlorenz u. a. Im besonderen wurde über die eigene Handwerkerorganisation (Reichsverband für das Tischlergewerbe, Pflichtorganisationen des Handwerks, Reichsmanteltarif und Handwerksbetrieb, Wiederaufbau) verhandelt und entsprechende Entschlüsse angenommen. Den Kassenbericht erstattete Klump, das Verbandsvermögen beträgt 15 000 Mk.

Baden.

Heidelberg, 5. Juli. Seit Mitte voriger Woche sind der 50jährige Oberbürgermeister Basse aus Herford (Westfalen), der in einem hiesigen Hotel wohnte, und sein hier ansässiger Freund, Bürgermeister a. D. Leopold Werner, verschollen. — Ein hiesiger Geschäftsmann ließ sich von 4 unbekanntem Soldaten unter Vorwandelegung falscher Tatsachen 7000 Mark ablocken.

Heidelberg, 5. Juli. Der Glimmörden Schumüller, der seine Geliebte Grete Loh durch Zyanalkali ums Leben gebracht hatte und zum Tode verurteilt worden war, ist zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt worden.

Mannheim, 5. Juli. Nach dreitägigen Verhandlungen wurde der Bezirksrat für das Gebiet des Südb. Zigarrenfabrikanten-Verbandes zum Abschluß gebracht. Durch den Abschluß des Tarifs, der für Oberbaden, die Rheinpfalz und ganz Süddeutschland Geltung besitzt, wurden die bisherigen Abgaben einsehlich der Steuerzulagen als feste Lohnsätze festgelegt und teilweise noch kleinere Lohnerhöhungen erzielt.

Neunkirchen, 5. Juli. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Straße Neunkirchen-Oberschwargach. Ein Radfahrer aus Neunkirchen, namens Sauter, fuhr in ein Fuhrwerk hinein und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Seiberten, 5. Juli. Der erst vor 1 1/2 Jahren aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrte Landwirt Fritz Bühler ist hier beim Baden im Rhein ertrunken.

Freiburg, 5. Juli. Vorgespieler verstarb Buchdruckereibesitzer Emil Groß, Mitinhaber der gleichnamigen Firma und des Verlags „Freiburger Zeitung“, nachdem er sich einige Tage zuvor einer Operation unterzogen hatte. Der Verstorbene leitete bis vor wenigen Jahren die Druckerei und Redaktion des genannten Blattes. Er erlag einem hartnäckigen Magenleiden.

Konstanz, 5. Juli. Der Polizei ist es mittels Polizeihunden gelungen, die Mörder des Jagdausschereis Bürger in Hisingen zu ermitteln und festzunehmen. Es sind dies Georg Schmitt aus Wolfertingen, der den tödlichen Schuß abgab und Donatus Schöff von Hisingen. Beide legten ein Geständnis ab.

Bermischtes.

Schon wieder ein Zeppelin zerstört. Das Zeppelinluftschiff „L 64“ wurde aus seiner Halle in dem Flughafen von Pulham gebracht, um Platz für ein anderes Luftschiff zu machen. Die Bedienungsmannschaft vermochte jedoch nicht den Zeppelin zu halten und dieser wurde vernichtet.

Eine neue Großstadt. Der preussische Landtag hat bekanntlich den Entwurf eines Gesetzes betr. Erweiterung des Stadtkreises München-Grabbach einstimmig angenommen. Von dem Tage der Verkündung des Gesetzes an tritt nun M.-Grabbach in die Reihe der deutschen Großstädte ein, denn die Bevölkerungszahl der Stadt steigt durch die Eingemeindung auf 110 000 Seelen.

ep. 106. Jahresfeier der Basler Mission. Unter zahlreicher Beteiligung aus der Schweiz und Deutschland hielt die Basler Mission in der letzten Juniwoche ihre Jahresfeier in Basel. Die Ausfahrten auf den Missionsfeldern in China wie in dem neuübernommenen Borneo, sind günstig. In China hat sich die Volksstimmung der Mission und dem Christentum viel mehr als bisher zugeneigt. Die finanzielle Lage freilich ist schwierig. Einer Mehreinnahme von 375 000 Mk. auf Seiten der Markrechnung steht ein Abmangel von 225 000 Fr. auf Seiten der Frankenrechnung gegenüber. Aber die feste Entschlossenheit der schweizerisch-deutschen Missionsgemeinde, mit erhöhter Opferwilligkeit und verbesserter Organisation, ihre Missionsaufgabe auch fernerhin zu erfüllen, kam erhebend zum Ausdruck. Den Abschluß der Tagung bildete die Einsegnung von 4 jungen Missionaren (darunter 3 Württemberger) für das chinesische Missionsgebiet.

Französische Kriegsbeschuldigte. Vor dem Schwurgericht in Ville begann der Prozeß gegen zehn Großkaufleute der Stadt, die sich wegen Einverständnis mit dem Feind zu verantworten haben, weil sie während des Kriegs für die deutsche Armee Sandfäße fabriziert haben.

Nasenstein's Verkehrs-, Rad- und Automobillkarte von Württemberg Hohenzollern ist nach neuestem amtlichen Material ergänzt in 3. Auflage neu erschienen. Maßstab 1:300 000 in 3 Farben. Verkaufspreis Mk. 7.50. — Die Karte wurde etwas erweitert und reicht jetzt im Norden bis Bittard und Waldüren, im Süden bis einschließlich dem Bodensee (St. Gallen und Dornbirn), im Osten bis Höchstädt-Mindelheim i. B. und im Westen bis Achern i. Baden.

Notales.

— Gefahren für unsere Kinder. Die Ferienzeit, wo die Kinder in Wald und Flur Erholung suchen, nahet heran. Dabei lauern ihnen mancherlei Gefahren. Die Beeren der Nachtschattengewächse sind giftig; sie haben große Ähnlichkeit mit den Heidelbeeren. Der schwarze Nachtschatten wächst auf Felsen und Erdhäufen. Der Genuß der schwarzen Beeren führt zu schweren Darmerkrankungen. Der bitterfüßige Nachtschatten mit seinen länglichen und roten Beeren klettert am Gebüsch empor, wo unsere Jugend Brombeeren und Himbeeren sucht. Die Beeren selbst sind nicht giftig, aber in den Blättern und Zweigen sitzt der Giftstoff. Das gefährlichste Gewächs ist jedoch die Tollkirsche, die an Waldblößen und Waldbränden wächst. Auch das Wiesenkraut, das seinen Standort auf Schutthäufen hat, birgt gefährliches Gift. Die Kapselfrucht des Wiesenkrauts wurde von Kindern schon oft mit Mohlkapseln verwechselt. Auch die Karotte zählt zu den Nachtschattengewächsen. Blüten, Beeren und



auch die Stengel enthalten giftige Stoffe. Es muß immer wieder eingescharft werden: keine Beere oder Frucht zu genießen, die man nicht genau kennt. Sei auch die Beere noch so schön, kennst du sie nicht, so laß sie stehn!

— **Höhere Maschinenbauanstalten.** Dem in immer stärkerer Maße hervorgetretenen Bedürfnis nach einer eingehenderen Ausbildung der Elektrotechniker ist nun dadurch Rechnung getragen worden, daß an der Schule eine besondere elektrotechnische Abteilung eingerichtet wird, und zwar in der Weise, daß in den Klassen IV und V besondere Klassen für Elektrotechniker mit besonderem Lehrplan gebildet werden. In den vorhergehenden Klassen I—III, in denen hauptsächlich die theoretischen Grundlagen des Maschinenbaues gelehrt werden, erfolgt die Ausbildung gemeinsam mit den Maschinentechnikern nach dem bisherigen Lehrplan.

— **Nachgabepflicht der Ordenszeichen.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Nachgabepflicht der Ordenszeichen des Ordens der württ. Krone, des württ. Militärverdienstordens und des württ. Friedrichsordens, je Großkreuze bis Ritterkreuze einschließlich, unverändert weiterbesteht. Sollten jedoch ein Beliebiger oder nach seinem Tode seine Hinterbliebenen die Ordenszeichen als Andenken zu erwerben wünschen, so werden sie ihnen gegen Entgelt zu Eigentum überlassen. — Eine ähnliche Regelung besteht für die preussischen und sächsischen Orden; auch die bayerischen usw. Ordenszeichen sind nach wie vor nach dem Tod des Inhabers zurückzugeben.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 5. Juli. (Schlachtviehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 76 Ochsen, 16 Bullen, 50 Jungbullen, 104 Jungrinder, 200 Kühe, 489 Kälber, 404 Schweine und 28 Schafe. Erloßt wurden aus 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 640—690, zweite 460 bis 600, Bullen erste 550—600, zweite 440—510, Jungrinder erste 640—700, zweite 500—600, dritte 400 bis 470, Kühe erste 470—600, zweite 320—440, dritte 200—300, Kälber erste 760—820, zweite 660—730,

dritte 550—630, Schweine erste 1110—1150, zweite 1040—1090, dritte 950—1010 Mk. Verkauf des Marktes: bei Großvieh flau, bei Schweinen und Kälbern belebt.

Leutkirch, 5. Juli. (Pferde- und Viehmarkt.) Dem Pferdemarkt waren 25 Stück zugeführt. Die Preise bewegten sich etwa zwischen 5000 und 22 000 Mk. Der Handel war flau. Der Viehmarkt hatte eine Zufuhr von 16 Stück, von denen 6 Stück verkauft wurden. Auf dem Ferkelmarkt waren 11 Stück, Preis 400 Mk.

Mannheim, 5. Juli. (Viehmarkt.) Der Anruf zum Viehmarkt war — abgesehen von Kälbern und Schafen — erheblich stärker als in der Vorwoche. Es wurden zugeführt und zu je 1 Zentner Lebendgewicht gehandelt: 195 Ochsen 450—780 Mk. (920 Mk.), 179 Bullen 450—640 Mk. (700), 838 Kühe und Ferkel 200—760 (250—300) Mk., 329 Kälber 550—800 (600 bis 800) Mk., 269 Schafe 300—500 Mk. (gleich), 1288 Schweine 900—1175 (950—1175) Mk. Handel mit Großvieh ruhig, Markt nicht geräumt; Kälberhandel mittelmäßig, ausverkauft; Schweinehandel ruhig, kleiner Ueberbestand; Schafhandel mittelmäßig, ausverkauft.

Handel mit Honig. Die Stuttgarter Postzeldirektion erläßt folgende Warnung: In letzter Zeit wurde häufig beobachtet, daß Honigsorten, insbesondere solche ausländischer Herkunft, als garantiert reine (Schleuder-)Honige angeboten und verkauft wurden, nachdem sie zuvor zum Teil stark erhitzt worden sind. Durch das Erhitzen von Honig gehen wertvolle Bestandteile (diastatische Fermente usw.) verloren. Es muß deshalb die Vornahme der Erhitzung deutlich gekennzeichnet werden (z. B. erhitzter Auslandshonig, pasteurisierter Honig), andernfalls muß ein so behandelter Honig nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen beanstandet werden.

Wetter.

Bei wenig veränderter Luftdruckverteilung ist am Donnerstag und Freitag wechselnde Bewölkung, aber kein wesentlicher Niederschlag zu erwarten.

Eingefandt.

Nachdem der Mieterverein am Montag den 27. Juni mit der Kommission des Hausbesitzervereins sich dahin geeinigt hat, daß die Verhältnisse betreffend die Miete usw. wie

bisher bestehen bleiben, bis alles geregelt ist, haben einige Hausbesitzer versucht, auf eigene Faust zu operieren und dabei gesagt, sie pfeifen auf den Hausbesitzerverein, obgleich sie Mitglied des Hausbesitzervereins sind, sie tun was sie wollen. Der Mieterverein wird in nächster Zeit einen Mietvertrag ausarbeiten auf Grund gesetzlicher Bestimmungen; gleiches Recht für alle! Der Mieterverein verlangt dann von jedem Mitglied, nur diesen zu unterschreiben. Der § 536 B. G. B. hat folgenden Wortlaut: Der Vermieter hat die vermietete Sache dem Mieter in einem zu dem vertragmäßigen Gebrauche geeigneten Zustande zu überlassen und sie während der Mietzeit in diesem Zustande zu erhalten, also bei Wohnungen dem Wohnzweck entsprechend, für Läden, Werkstätten usw. dementsprechend. Die §§ 133, 157, 226 und 242 B. G. B. ergänzen den § 536. Für selbstverschuldete Beschädigungen hat der Mieter aufzukommen. Beseitigt der Hausbesitzer einen Mangel trotz Aufforderung nicht, und läßt er die ihm hierfür gestellte Frist vorübergehen, so kann der Mieter die Reparatur selbst in Auftrag geben (§ 538 B. G. B. und die Kosten von der Miete abziehen. In groben Fällen muß sogar die Bau- oder Gesundheitspolizei einschreiten, der man Anzeige erstatten kann. Tapezieren, Weißnen usw. der Wände und Wände gehört zum vertragmäßigen Zustand der Wohnung, hat also der Hausbesitzer zu tragen. § 858 hat folgenden Wortlaut, welchen sich jedes Mitglied einprägen soll: Der Mieter kann als Inhaber der gemieteten Räume gegen jeden, der ihm eigenmächtig den Besitz stört oder entzieht, zur Selbsthilfe greifen, auch dem Hausherrn gegenüber, der sich nach § 123 des Str. G. B. des Hausfriedensbruches schuldig machen kann, wenn er gegen den Willen des Mieters in dessen Räume eindringt oder trotz Aufforderung nicht verläßt. Der Vermieter kann nach der Mieterschutzverordnung rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamtes kündigen. Muß der Vermieter die Genehmigung zur Kündigung einholen, so hat der Mieter bei einer Kündigung ohne Mitwirkung des Mieteinigungsamtes sich kein Kopfschütteln zu machen, die Kündigung bezw. nicht angewiesene Steigerung ablehnen, alles andere ist dann Sache des Vermieters. M.-V.

Evangel. Gottesdienst. Donnerstag, 7. Juli, 4 Uhr nachm. im Katharinenstr., Wochengottesd.: Stadtv. Diesterle.

Stadt Wildbad.

Stammholz-Verkauf

am Freitag, den 15. Juli 1921
vormittags 10 Uhr

auf dem Rathaus in Wildbad im schriftlichen Aufstreich aus Stadtwald III Sommerberg:

Abt. 11 Sauftall,	
2129 Stück tann. Langholz	1.—6. Kl. 1074,89 Ffm.
1019 " " sicht. u. tann. Langholz	5.—6. Kl. 290,78 "
91 " " tann. Abschnitte	1.—3. Kl. 46,23 "
Abt. 9 Birkenbrand,	
1822 Stück tann. Langholz	2.—6. Kl. 701,04 Ffm.
10 " " tann. Abschnitt	1.—2. Kl. 4,74 "
4 " " forch. Langholz	3.—4. Kl. 1,98 "
Abt. 14 Sulz	
688 Stück tann. Langholz	2.—5. Kl. 309,14 "
21 " " tann. Abschnitte	1.—3. Kl. 9,32 "
1 " " forch. Langholz	5. Kl. 0,33 "
1 " " forch. Abschnitte	3. Kl. 0,27 "
5786 Stück	2438,72 Ffm.

Die verschlossenen, vom Bieter unterzeichneten, bedingungslos in ganzen Prozents ausgedrückten Angebote mit der Aufschrift: „Angebote auf Nadelstammholz“ wollen spätestens zu oben genannter Stunde dem Stadtschultheißenamt übergeben werden.

Der alsbald auf dem Rathaus hier erfolgenden Eröffnung können die Bieter anwohnen.

Klasseneinteilung und Taxpreise pro 1921; der Ausschuß ist zu 100% der Taxpreise angeschlagen.

Wildbad, den 5. Juli 1921.

Stadtschultheißenamt: Wägner.

Forstbezirke Calmbach, Enzklöb., Herrenalb, Meistern, Neuenbürg, Wi.

Für das Sammeln von Waldbeeren

in den Staatswaldungen werden zufolge Verfügung der Württ. Forstdirektion folgende Vorschriften erlassen:

- 1) Außerhalb Württembergs wohnenden Personen ist das Sammeln nur nach Lösung eines Erlaubnisscheins gegen Bezahlung von 5 Mk. und unter den im Schein enthaltenen Bedingungen gestattet.
- 2) Allgemein, auch für die einheimische Bevölkerung, ist verboten:
 - a) das Sammeln an Plätzen, die durch Einzäunung oder Warnungszeichen geschlossen sind,
 - b) das Sammeln zwischen abends 6 Uhr und morgens 7 Uhr und an Sonn- und Feiertagen,
 - c) das Uebernachten in den Waldhütten oder sonst innerhalb des Staatswaldes.

Die Erlaubnisscheine (Ziff. 1), welche nur für das laufende Jahr Gültigkeit haben, werden von dem unterzeichneten Amt ausgestellt, können jedoch auch bei den übrigen Forstämtern bestellt werden; die Zusendung der Scheine erfolgt unter Nachnahme der Gebühr von 5 Mk. durch das Finanzamt Neuenbürg.

Wer den Vorschriften zuwiderhandelt, wird auf Grund von Art. 22 des württ. Forstpolizeigesetzes bestraft.

Neuenbürg, 5. Juli 1921.

Im Auftrag:

Forstamt Neuenbürg:
o. Gaisberg.

Rehragout u. Rehbügel

sind zu haben bei
Adolf Blumenthal.



Besseres Fräulein
welches schon im Verkauf u. Büro tätig war, sucht ähnliche Stelle evtl. auch in kleinem Cafe. Angeb. unt. Nr. 155 a. d. Tagblatt-Geschäftsstelle.

Landes-Kurtheater

Mittwoch, den 6. Juli
„Die drei Zwillinge“
Schwank in 3 Akten
Donnerstag, den 7. Juli
„Fräulein Puck“
Operette in 3 Akten

+ Frauen +

sind bei mir bei Ausbleiben der monatlichen Regel Hilfe und Rettung. Bestellen Sie meine von langjährigen Fachleuten hergestellten erstklassigen auch in den hartnäckigsten Fällen

— sicher —

wirkenden Präparate. Verzagen Sie nicht, denn durch meine Mittel werden auch Sie den erzielten Erfolg wied. froh und glücklich werden. In 1—2 Tagen völlige Schmerzlösung. Unschädlich. Ohne Berührung. Schriftl. Garantie beilieg. sonst Geld zurück. Cellen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben. Diskreter Versand.

Fr. A. Lemke, Hamburg 13, Grindelallee 149.

Erhalte täglich zwei bis drei, welche die Wirkung meiner Mittel bestätigen. Frau M. aus H. schreibt: Ich danke Ihnen von ganzem Herzen, denn durch den Gebrauch Ihrer legendären Mittel bin ich wieder von aller Zeit und Sorgen befreit. Bedauerlicherweise sind die Frauen, welche Ihre Präparate nicht erprobt haben.

Most

in kleineren und größeren Quantitäten (auch an Wiederverkäufer) hat abzugeben.

Frey, z. Eisenbahn

Freiwillige Feuerwehr Wildbad.

Die Feuerwehr Pforzheim-Brötzingen be- geht am 7. Aug. ds. Js. ihr

— 50jähriges Jubiläum —

und ist Einladung hierzu an uns ergangen. Die Kameraden, welche sich hierbei beteiligen (bei genügender Beteiligung mit Musik) haben sich bis Freitag abend bei Kassier J. Mayer anzumelden.

Das Kommando.

Neue Kartoffeln

wirklich schön, gut und gesund

per Ztr. 150 Mk.

jedes Quantum bei

Karol. Bender & Söhne

Arnbad.

Eine gute, ältere

Reiz- und Fahrkuh

mit Kalb, jetzt dem Verkauf aus.

Eugen Zaggang.

Garten-Schlauch

aus Gummi mit Drahtumwicklung, 30 m lang mit Zubehör preiswert zu verkaufen.

Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Wir ersuchen

unsere Mitglieder, spätestens bis Samstag den 9. ds. Mts. ihre Rabatt- und Rückvergütungsscheine abzuliefern!

Spätere Ablieferungen können nicht berücksichtigt werden.

Consumverein.

Freiherr Student, zuletzt auf Handelshochschule, der in Hotel- und Restaurationsbranche gehen will sucht auf 15. August

Anfangsstelle

in Büro, auch Sanatorium, oder zweckmäßige Beschäftigung im Betrieb mit freier Wohnung. Durchaus zuverlässig, guter Herkunft.

Gest. Offerten an

F. Bittel, Mannheim D. 6. 9.

Letzte amtliche Kurse

(ohne Gewähr) mitgeteilt von der Direkt. d. Diskontogesellschaft Zweigstelle Wildbad.

Staatspapiere.

5% Deutsch. Reichsanleihe	77,35
4% dergl.	—
5% L. Deutsche Schatzanw.	—
4 1/2% dergl. p. l. 4. 1924	93,60
Deutsche Sparpr.-Anl. 1919	80,—
4% Preuss. Konsols	70,—
3 1/2% dergl.	69,20
3% dergl.	56,80
4% Bad. Staats-Anleihe	72,98
3 1/2% dergl.	—
4% Württ. Staats-Anleihe	78,—
3 1/2% dergl. v. 1875	93,50
3 1/2% dergl. v. 1879/80	77,—
1885/90	—
3 1/2% dergl. v. 1903 u. ff.	66,—
3% dergl.	65,25

Säkte-Obligat.

4% Baden-Baden	—
3 1/2% dergl.	83,—
4% Darmstadt	77,50
3 1/2% dergl.	—
4% Esslingen	94,—
4% Frankfurt a. M.	97,50
3 1/2% dergl.	—
4% Freiburg i. Br.	—
3 1/2% dergl.	—
4% Karlsruhe i. Bad.	87,50
3 1/2% dergl.	71,60
4% München	—
4% Pforzheim	74,25
3 1/2% dergl.	—
4% Stuttgart	92,75
3 1/2% dergl.	76,—
4% Ulm a. D.	—
3 1/2% dergl.	—

Pfandbriefe.

3% Württ. Hypothekenb.	94,80
3 1/2% dergl. - verlosbar	81,—
4 1/2% dergl. per 1912/15	82,—
3% Württ. Kreditvereine	97,50
4% dergl. - ganzjährig	98,25
3 1/2% dergl. - halbjährig	85,50

Pfandbriefe.

4% Bayer. Hypotheken-u. Wechselbank	100,50
4% Frankf. Hypothekenb.	98,80
3 1/2% dergl.	85,—
4% Frkf. Hypoth.-Credv.	89,50
3 1/2% dergl.	84,—

Industrie-Obligationen

4 1/2% Bad. Anilin-u. Sodaf.	112,—
5% Chem. Fabr. Gröschel	100,50
4 1/2% Allg. Elektr.-Ges.	—
5% D. Uebersee-El.-Ges.	—
4 1/2% Maschinfabr. Essling	102,—
4 1/2% M. Hohner A.-G.-Obl.	102,—

Aktien.

Darmstädter Bank	169,50
Deutsche Bank	307,—
Disc.-Kommandit Anteil	281,—
Dresdner Bank	216,—
Stochumer Bergb.-Guss.	525,—
Deutsch. Luxemb. Berg.	382,—
Gelsenkirchener Bergwerk	100,—
Gelsenkirchen r. Gussstahl	119,—
Harpener Bergbau	553,—
„Annesman“	631,—
Phoenix Bergbau	790,—
Allg. Elektr.-Ges.	—
Bad. Anilin u. Sodafabr.	413,—
Chem. Fabrik Griesheim	—
Baseler Werke	220,—

Devisen.

Amerika	72,—
England	87,50
Frankreich	89,50
Holland	143,—
Schweiz	124,—